

UNI INNO

19/83
7. Dez

Zwei weitere TBC-Fälle

Bei zwei weiteren Studenten ist im Rahmen der Reihenuntersuchung TBC-Infektionen festgestellt worden. Ange- sichts der besorgniserregenden Zunahme von TBC-Fällen an der Universität - vier in einem Jahr - hat das Gesundheitsamt die Termine verlängert und gleichzeitig erklärt, wer sich nicht der Untersuchung unterzöge, handele nicht nur sich selbst gegenüber verantwortungslos, sondern auch gegenüber seiner Umwelt. Die

Teilnahme ist verbindlich. Bisher sind nur etwa 3500 Hochschulangehörige dem Aufruf des Gesundheitsamtes gefolgt. Nachzügler können sich in der Zeit vom 15. bis 22. Dezember - jeweils 14.00 bis 18.00 Uhr - im Gesundheitsamt, Rummelweg 18, röntgen lassen. Wer es nicht tut, kann vorgeführt werden. Von Praktika werden die Studenten ausgeschlossen, die keine Bescheinigung vorlegen.

Untersuchungstermine:
 A bis C Mittwoch 15.12.
 D bis G Donnerstag 16.12.
 H bis L Freitag 17.12.
 M bis Q Montag 20.12.
 R bis T Dienstag 21.12.
 U bis Z Mittwoch 22.12.
 Können Hochschulangehörige zu den vorgegebenen Terminen nicht teilnehmen, besteht die Möglichkeit, auf andere Tage auszuweichen.

Ende einer Universität?

Widerstand in der Region gegen Fächerstreichung

Am kommenden Freitag werden auf Einladung der Oldenburgerischen Landschaft Repräsentanten der Region zusammentreffen, um eine gemeinsame Erklärung gegen die geplante Einstellung von Studiengängen in der Gymnasial- und Real-schullehrerausbildung an der Universität Oldenburg zu verabschieden. Denn entgegen anderslautenden Aussagen steht nach wie vor die Liquidierung ganzer Fächer an der Universität Oldenburg auf der Tagesordnung. Zu befürchten ist sogar, daß die Gymnasiallehrerausbildung in Oldenburg ganz entfällt - dann nämlich, wenn sich der Vorschlag in der Regierung durchsetzt, die Jahreskapazität nicht nur von 2.000 auf

1.000 Studienplätze, sondern auf 600 zu drücken. Zwar sickerte jetzt durch, daß Anhänger des harten Kurses in der Regierung wohl vorerst keine Unterstützung durch die CDU-Fraktion erwarten können, aber die einmal ins Spiel gebrachte Planungsvariante hat die Krisenstimmung - nicht nur in Oldenburg - so weit erhöht, daß im Endeffekt die Universitäten es wahrscheinlich als Erfolg verbuchen werden, wenn sie einen Teil insbesondere ihrer Gymnasiallehrerausbildung retten können.

Die von aktuellen Finanzschwierigkeiten der Öffentlichen Hand diktierte Politik, begründet mit dem zur Zeit bestehenden Überangebot an Lehrern, programmiert nach Ansicht von Kritikern aber schon jetzt den Lehrermangel in den 90er Jahren - vor allem dann, wenn ganze Einrichtungen und Studiengänge eingestellt werden (qualitative Streichung), die nicht in kurzer Zeit wieder aufgebaut werden können (siehe auch Seite 3). Wenn in Oldenburg die Gymnasiallehrerausbildung überhaupt erhalten bleibt, so stehen dabei die Chancen offensichtlich nicht schlecht, daß die Studiengänge Deutsch, Geschichte und Russisch nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Nach Auskunft des Oldenburger CDU-Abgeordneten Hans-Jörg Schramm hat Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens vor der Fraktion erklärt, man könne diese Fächer in Oldenburg belassen und stattdessen im Real-schullehrerbereich dafür die Fächer Textiles Gestalten, Arbeitslehre, Hauswirtschaft

und Technik streichen. Aber auch diese Planung - ebenfalls ein harter Schlag für die Universität - entbehrt der Rationalität. Die Fächer Arbeit/Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft gehören zu dem schulischen Fachbereich Arbeit/Wirtschaft/Technik, der erst 1978 in der Haupt- und Realschule eingerichtet wurde, weil die CDU-Regierung zwingend die Notwendigkeit erkannte, daß die Schüler auf die Arbeits- und Wirtschaftswelt besser vorbereitet werden müssen. Die Universität Oldenburg ist aber die einzige Hochschule in Niedersachsen, die in der Real-schullehrerausbildung diese Fächer anbietet.

Das schnelle, aber nicht sehr durchdachte Umschalten des Ministers ist eine Reaktion auf die Stellungnahmen aus der Region. Nicht nur die betroffenen Fächer selbst, sondern auch die Stadt Oldenburg, die Oldenburgerische Landschaft, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Parteien sprachen sich eindeutig gegen die Streichung der Studiengänge - insbesondere Germanistik und Geschichte - aus. Die geplanten Maßnahmen offenbarten die ganze Konzeptionslosigkeit, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Horst Milde. Am deutlichsten formulierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll die Konsequenzen für die Universität. Er schrieb an den Minister, man müsse vom „Ende einer Universität“ sprechen, wenn die Regierung Deutsch und Geschichte streichen wolle und gleichzeitig die Einrichtung von Jura ablehne.

Wählen am 26. und 27. Januar 1983

Am 26. und 27. Januar werden Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter ihre Vertreter für das Konzil, den Senat und die Fachbereichsräte wählen. Bis zum 11. Januar müssen dazu die Listen der hochschulpolitischen Gruppierungen mit den Wahlvorschlägen im Wahlbüro (Bauteil A, Zimmer 204) eingegangen sein. Für Wahlvorschläge sind Formblätter zu verwenden, die dort erhältlich sind.



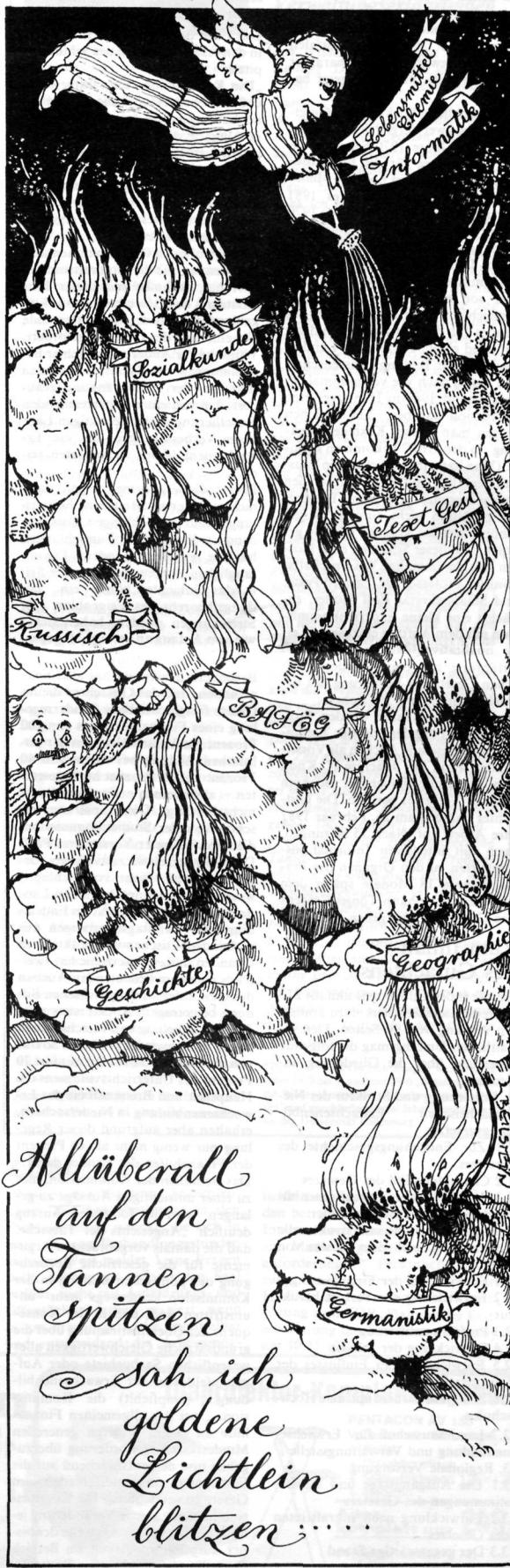
ÜBER 700 STUDENTEN der Universität Oldenburg nahmen am vergangenen Wochenende an der Demonstration gegen die Pläne der Bundesregierung teil, die Ausbildungsförderung nach dem BAFöG für Studenten auf Darlehnsbasis umzustellen und für Schüler ganz zu streichen. Der Verband Deutscher Studentenschaften hatte zu der wohl größten Studenten- und Schülerdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik aufgerufen. Etwa 70.000 Menschen versammelten sich in Bonn.

Alte Cafeteria wieder eröffnet

Die nach Eröffnung des Zentralbereichs zunächst geschlossene Cafeteria im Bauteil P (kleine Mensa) ist vom Studentenwerk wieder in Betrieb genommen worden. Sie ist täglich von 9.00 bis 15.00 Uhr geöffnet.

Strafmandate für Falschparken

Die Polizei hat angekündigt, daß sie gegen Falschparken auf dem Uhlhornsweg vorgehen wird. Auf dem Uhlhornsweg besteht Halteverbot. In diesem Zusammenhang macht die Universitätsleitung darauf aufmerksam, daß trotz der geringen Parkflächen um das AVZ die Tiefgarage im neuen Zentralbereich mit immerhin 385 Stellplätzen nur relativ wenig genutzt wird.



Erwachsenenbildung in Niedersachsen 1970 - 1981

Wolfgang Schulenberg* über das Gutachten zur qualitativen Bilanz des Erwachsenenbildungsgesetzes

Zur Entstehung des Gutachtens

Das niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz von 1970 ist das erste substantielle Erwachsenenbildungsgesetz in der Bundesrepublik. Ihm sind in weiteren Bundesländern Erwachsenenbildungsgesetze gefolgt, von denen die meisten dem niedersächsischen Gesetz im Tenor nahestehen, während die Gesetze von Hessen und Nordrhein-Westfalen mit ihrem Gewährleistungsscharakter eine andere Richtung angezeigt haben.

Die tatsächliche Wirkung des Gesetzes können zwei Vergleichszahlen andeuten. Im Jahre 1970 betrugen die Landeszuschüsse für die Erwachsenenbildung insgesamt noch 6,4 Millionen DM, dagegen waren es 1981 schon 73,0 Millionen DM; Ende 1970 betrug die Zahl der hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiter und Lehrer im Lande 89, dagegen waren es 1981 immerhin 396. Man spricht bereits von einer „Kostenexplosion“, obgleich der Anteil der Ausgaben des Landes für die Erwachsenenbildung mit rund einem Prozent der Landesausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kunst nach wie vor minimal ist. So entstand 1980 in Hannover eine Diskussion darüber, auf welchen Wegen man diese Kostenentwicklung „in den Griff“ bekommen könnte. (Man hatte ihr freilich schon haushaltrechtlich mit einer pauschalen Zuwachsgröße von sechs Prozent, die praktisch nicht einmal ausge schöpft werden konnte, Einhalt geboten.) In dieser Situation entschlossen sich der damalige Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel und Staatssekretär Rolf Möller, zunächst eine kleine Expertenkommission mit dem Auftrag einzusetzen, eine „qualitative Bilanz nach elf Jahren Erfahrung mit dem niedersächsischen Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung“ zu ziehen.

In diese Kommission wurden Prof. Dr. Franz Pöggeler von der Technischen Hochschule Aachen als Vorsitzender, Prof. Dr. Joachim H. Knoll von der Ruhr-Universität Bochum und der Verfasser berufen. Die Gutachter nahmen am 26. Februar 1981 ihre Arbeit auf. Nach 15 Sitzungen, auch mit intensiven Informationskontakten zu den Organen der Praxis, konnte 18 Monate später dem Minister Dr. Johann-Tönjes Cassens das Gutachten übergeben werden.

Zum Inhalt des Gutachtens

Der Text des Gutachtens umfasst 272 Schreibmaschinenseiten, dazu kommt ein Anhang von 90 Seiten. Den inhaltlichen Umfang mag die folgende Übersicht über die Gliederung andeuten:

1. Entstehung und Struktur des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes
 - 1.1 Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes
 - 1.2 Charakteristika des Gesetzes
 - 1.3 Vergleich der Erwachsenenbildungsgesetze der Bundesländer
2. Organisatorische und strukturelle Entwicklung nach dem Gesetz von 1970
 - 2.1 Entwicklung der Finanzierung
 - 2.2 Entwicklung der Personalstruktur
 - 2.3 Professionalisierung
 - 2.4 Entwicklung der Inhalte
 - 2.5 Entwicklung des Einflusses der Organisationen
 - 2.6 Zusammenarbeit mit den Hochschulen
- 2.7 Landesausschuss für Erwachsenenbildung und Verwaltungsstelle
3. Regionale Versorgung
 - 3.1 Die Ausgangslage und die Bestimmungen des Gesetzes
 - 3.2 Entwicklung nach Inkrafttreten des Gesetzes
 - 3.3 Der gegenwärtige Stand
 - 3.4 Schlußfolgerungen

4. Bildungsurklaub
 - 4.1 Gesetzliche Bestimmungen
 - 4.2 Bildungspolitische und pädagogische Realität bis zum Gesetz
 - 4.3 Entwicklung seit Verabschiedung des Gesetzes
 - 4.4 Bildungspolitische und pädagogische Realität heute
 - 4.5 Empfehlungen und Konsequenzen
5. Zusammenfassung

Das Fazit des Gutachtens findet sich in den ersten Absätzen des Schlußkapitels:

„Die Kommission hat festgestellt, daß das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz seine grundlegende Aufgabe, die Erwachsenenbildung in Niedersachsen nach Umfang und Qualität durchgreifend zu verbessern, erfüllt hat. Eingeschränkt wird diese generelle Feststellung nur durch das Fortbestehen der regionalen Ungleichheiten.“ Alle betroffenen Organisationen und Sachkenner, die die Kommission gehört hat, stimmen mit dieser Einschätzung des Gesetzes überein. Von keiner Seite wurde eine umfassende Novellierung des Gesetzes gefordert. Wünsche zur Änderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes wurden stets mit der Einschränkung geäußert, daß von einer weiterreichenden Novellierung in der derzeitigen Lage kaum Verbesserungen für die Erwachsenenbildung zu erwarten seien.“

Dieser Generalformel folgen dann nicht weniger als 50 einzelne Feststellungen und Empfehlungen. Entscheidend ist: Keine dieser Empfehlungen hat eine restriktive Tendenz. Die anfänglichen Sorgen von mancher Seite, das Gutachten könnte ein bildungstheoretisches Feigenblatt für Streichungen werden, haben sich - wie von Anfang an betont - als gegenstandslos erwiesen.

Besondere Beachtung hat allerdings gefunden, daß das Gutachten die im Gesetz festgeschriebene Sonderregelung eines Finanzhilfesatzes von 100 Prozent für Veranstaltungen der politischen Bildung bei einem von 40 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzten allgemeinen Förderungssatz nicht bestätigt. Diese Spaltung war schon von der Studienkommission, die 1961/64 unter Vorsitz von Prof. Dr. Willy Strzelewicz das Gesetz vorbereitet hatte, nicht vorgeschlagen worden und ist einmalig in den Ländgesetzen. Sie kam erst im Endstadium der Landtagsberatungen aus verbandspolitischen und praktischen Gründen in das Gesetz. Sie hat zweifellos zu einem bedeutenden Ausbau des Gesamtfeldes der politischen Bildung beigetragen. Andererseits wurde diese Regelung von verschiedenen Seiten immer wieder kritisiert: So tragen die Volkshochschulen mit fast 70 Prozent des Unterrichtsvolumens die Hauptlast und Breitenarbeit der Erwachsenenbildung in Niedersachsen, erhalten aber aufgrund dieser Regelung nur wenig mehr als 40 Prozent der Finanzhilfen des Landes dafür.

Das Bemühen der Kommission, hier zu einer umsichtigen Aussage zu gelangen, wird im folgenden Auszug deutlich: „Angesichts der Tatsache, daß die damals vorgebrachten Argumente für die gesetzliche Bevorzugung der politischen Bildung in der Kommission keineswegs mehr umstritten sind, und in der Konsequenz der Übereinstimmung über die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller wesentlichen Sachgebiete oder Aufgabenfelder in der Erwachsenenbildung...“ (empfiehlt) die Kommission...“ bei der allgemeinen Finanzhilfe zu einem höheren generellen Mindestsatz der Förderung überzugehen und dementsprechend auf die Festlegung von Unterschieden im Gesetz zu verzichten. - Die Kommission hält eine solche Veränderung jedoch nur für vertretbar, wenn der bisher aufgebauten Arbeit im Bereich der politischen Bildung ein Bestands-

schutz gewährt wird... Es kann nicht Sinn der Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung sein, entwickelte Erwachsenenbildungskapazitäten wieder zu zerstören.“ (S. 94 f.)

Diese schone Behandlung der umstrittenen Regelung des Gesetzes liegt in der Richtung einer schon dem Gesetz selbst zugrundeliegenden historischen Grundtendenz des Bestandsschutzes für gewachsene Strukturen, die wiederum zur übergreifenden Linie der Erwachsenenbildungspolitik aller Landesregierungen nach dem zweiten Weltkrieg gehörte.

Schlußbemerkung zur Situation

In Niedersachsen hat sich das Land immer vor allem als fördernder Partner der im Lande aus den Kommunen, Großgruppen und Verbänden entstehenden Erwachsenenbildungaktivitäten und Einrichtungen verstanden. Auch das Gesetz von 1970 ist von dem Gedanken der Bestandswahrung und der Weiterführung bestehender Strukturen geprägt. Das kann nicht heißen, daß es zu dieser Linie traditioneller Kontinuität

nicht eine bildungspolitische Alternative gegeben hätte. Sie dokumentierte sich schon in einem frühen Gesetzentwurf von 1949, wurde in dem „Strukturplan Weiterbildung“ von 1975 vertreten und hat - wenn auch finanziell gebrochen - Ausdruck im Niedersächsischen Bildungsurklaubsgesetz gefunden. Diese Linie bezieht sich weniger auf die Besitzstände und Interessen der Verbände und Träger als vielmehr direkter auf die Wahrung der Bildungsmöglichkeiten des einzelnen Bürgers in Lande.

Gleichwohl wird man bei realistischer Einschätzung und fairem Beurteilung der politischen Konstellationen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes bestätigen können, daß die Erwachsenenbildung in Niedersachsen unter der bisherigen langfristigen Linie einen restektablen Ausbau erfahren hat. Und man darf wohl hinzufügen, daß nicht zuletzt der Respekt vor dieser Gesamtentwicklung die Gutachter bewogen hat, für alle Aussagen des Gutachtens den Konsens, unter Zurückstellung eigner anderer oder weiterreichender Vorstellungen, zu suchen.

Von einem eigentümlichen Mißklang wurde allerdings die Kommission überrascht, als sie ihr Gutachten dem

Minister übergeben wollte. Genau an diesem Tage berichtete ein Informationsdienst, daß es im Arbeitskreis Wissenschaft und Kunst der Landtagsfraktion der CDU bereits weitgehende Vorschläge zur Novellierung des Gesetzes gebe. Demnach sollen nur noch die Heimvolkshochschulen und die Einrichtungen in freier Trägerschaft in der unmittelbaren Förderung und Verantwortung des Landes bleiben, während sich das Land aus der Zuständigkeit für die Volkshochschulen heraushebe und diese (gegen eine Pauschale im Finanzausgleich) allein den Kommunen überlassen soll. Ferner würden inhaltliche „Meßblätter“ für die Förderung von Bildungsveranstaltungen und eine Einschränkung der Professionalisierung angestrebt.

Diese Pläne, soweit sie bisher bekannt geworden sind, würden eine Aufkündigung der bisherigen überparteilichen Linie der Erwachsenenbildungspolitik in Niedersachsen bedeuten. Die nächsten Monate werden erweisen, wieviel dagegen die eher besonnene Argumentation eines Gutachtens wiegt, das sorgfältig begründet die kontinuierliche Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für alle Bürger des Landes fordert.

*Prof. Dr. Schulenberg ist Soziologe im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ an der Universität Oldenburg.

FNV zur Energiepolitik

Im Rahmen der Ringvorlesung im Wintersemester 1982/83 zum Thema Regionale Energiepolitik, die gemeinsam von der Universität Oldenburg und dem Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltet wird, hält der holländische Gewerkschaftsfunktionär Ad van den Biggelaar, Amsterdam, am 16. Dezember 1982 einen Vortrag über den Energiepolitischen Standort des holländischen Gewerkschaftsbundes FNV., 18.00 Uhr, VG 001.

ZpB mit neuem Buch über Unterricht

In der Reihe „materialien“ des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) erschien eine neue Veröffentlichung zum Thema „Problemlösender Unterricht und selbständiges Arbeiten von Schülern“. Der Herausgeber, Professor Dr. Otto Lange, stellt darin die Ergebnisse der Arbeitstagung „Entdeckendes Lernen, problemlösender Unterricht“ dar, die in Kooperation mit der Universität Groningen durchgeführt wurde. Der Band, der sich sowohl an Studenten der Lehrerausbildung als auch an praktizierende Pädagogen wendet, bezieht sich auf alle Schulstufen, hat dabei aber seinen besonderen Schwerpunkt im Bereich Grund- und Hauptschule sowie für das Berufsbildende Schulwesen.

Workshop zur Kolonialisierung

Vom 16. bis 18. Dezember findet der 4. Internationale Workshop unter dem Titel „Kolonialisierung des Alltags - Alltag der Kolonialisierung“ an der Universität Oldenburg statt. Veranstalter sind Privatdozent Dr. Gottfried Mergner und Dr. Jost Gerwin vom Fachbereich 1. Bereits im Dezember vergangenen Jahres fand in Oldenburg im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen den Universitäten Groningen und Oldenburg der 2. Internationale Workshop mit dem Thema „Innere und äußere Kolonialisierung - Zur Geschichte der Ausbreitung Europas auf die übrige Welt“ statt. Schriftliche Anmeldungen für den Workshop sind an die Veranstalter persönlich oder aber an die Fachbereichsgeschäftsstelle 1 zu richten.

Leserbrief

Zum Kommentar über den „Umgang der Hochschule mit Anlässen“ erlaubt mir, folgende Lesermeinung zu übermitteln:

„Ein notwendiger und guter Kommentar, der in seinen wesentlichen Passagen von kaum einem anderen Mitglied der Hochschule besser hätte geschrieben werden können als dem Kanzler! Deswegen ist dieser Kommentar aber auch in einem Punkt ergänzungsbefürdig.“

In der Aufzählung derjenigen Personen, die persönliche Beiträge zur Entwicklung der Universität Oldenburg eingebracht haben, ist die Nennung eines Namens und die Erwähnung seiner herausragenden Verdienste unterblieben. Es ist dies der Kanzler der Universität, Jürgen Lüthje. Ohne seine ausdauernde und beharrliche Arbeit, ohne seinen durch Augenmaß für kritische Situationen geprägten Einsatz und seine Integrationsfähigkeit wäre der Zentralbereich niemals entstanden.

Ich sehe ein, daß der Kommentator diesen Sachverhalt so nicht sehen konnte.

Prof. Dr. Friedrich Busch
ehemals Stellvertretender Rektor

ZpB: Zuordnungsverfahren für Schulpraktika ausgesetzt

Da keine Möglichkeiten gesehen wurden, außerhalb des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) Mitglieder der Universität mit der verantwortlichen Wahrnehmung der Vermittlung von Plätzen für die Schulpraktika (zweiphasige Ausbildung) und für die Abwicklung des Zuordnungsverfahrens im unterrichtspraktischen Halbjahr (einphasige Ausbildung) ab 1. August 1983 zu beauftragen, sind diese Verfahren ausgesetzt worden. Das teilte jetzt der Leiter des ZpB, Detlef Spindler, mit. Spindler meinte weiter, die Mitarbeiter des ZpB seien nicht in der Lage, mit ihrem jetzigen Personal diese Arbeit zu leisten. Die Folgen der kurzfristigen „personellen Strangulierung“ schlugen damit voll durch. Gemäß einer neuen Verfahrensvereinbarung zwischen den Schulbehörden und der Universität zur Durchführung der Schulpraktika hätte das ZpB den jeweiligen Schulaufsichtsämtern und Schulbehörden bis zum 1. Dezember d.J. die entspre-

chenden Zuordnungsvorschläge vorlegen müssen.

Wie bereits berichtet, sind am 1. August d.J. zwei Mitarbeiter des ZpB in den Schuldienst übergewechselt, weil ihre Stellen aus dem Haushalt der Universität gestrichen werden sollen: eine zum 31. Dezember 1982, die andere zum 31. Dezember 1985. Nach Auffassung Spindlers ist aufgrund der inzwischen eingetretenen Verzögerung ein Abschluß des Zuordnungsverfahrens für das unterrichtspraktische Halbjahr im Bereich der einphasigen Lehrerausbildung zum Ende des laufenden Semesters auch dann ausgeschlossen, wenn die zeitlich befristete Wiederbesetzung einer Stelle kurzfristig erfolgt. Klarheit über die Zuordnung werde es für viele der betroffenen Studenten erst zum Beginn des kommenden Sommersemesters geben.

Bereits Ende Juni hatte das ZpB in ausführlichen Berichten auf die Folgen der damals kurzfristig angesetzten Stellenstreichungen hingewiesen

und war dabei von mehreren Abgeordneten unterstützt worden. Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens erklärte jedoch in einem Schreiben vom 2. November 1982 an den Bundesvorsitzenden der GEW, Dieter Wunder, daß die Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg durch die getroffenen Personalentscheidungen nicht gefährdet sei. Diese Auffassung werde er auch im Rahmen der Haushaltserörterung für das Jahr 1983 vertreten.

Mehrfach hatte sich auch Wunder in dieser Angelegenheit an die Niedersächsische Landesregierung gewandt und u.a. geschrieben: „Ich kann und will nicht annehmen, daß die Niedersächsische Landesregierung den - trotz aller Probleme im Detail - beispielhaften Kooperationsbeziehungen zwischen den Schulen und der Universität bewußt die personellen Grundlagen entziehen will. In einem solchen Vorgang müßte ich - wieder nicht zuletzt aufgrund der im Landtag erstellten Gutachten (zur einphasigen Lehrerausbildung) - einen bildungspolitischen Skandal sehen, der wiederum entscheidend zum Verlust der Glaubwürdigkeit der Bildungspolitiker beitragen muß. Gleichzeitig muß ich vor dem Hintergrund der in Oldenburg für die Reform der Lehrerausbildung seitens des Bundes investierten Mittel auf die Verpflichtung hinweisen, die das Land Niedersachsen im Zusammenhang mit dem Förderungsvorhaben gegenüber dem Bund und gegenüber den immatrikulierten Studenten eingegangen ist. Ich kann und will nicht annehmen, daß die Niedersächsische Landesregierung... bewußt in Kauf nimmt, daß die Praktika der Studenten im Studium der neuen zweiphasigen Lehreramtsstudiengänge wieder genauso unzulänglich in das Studium eingelagert, von der Universität vorbereitet und betreut, ablaufen sollen wie vor dem Modellvorhaben bzw. an vielen anderen Hochschulstandorten.“

Spindler erklärte zur Absage des Ministers, wie er zu dem Ergebnis gelangen könne, daß durch die Stellenpolitik die Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg nicht gefährdet werde, bleibe sein Geheimnis. Man müsse wohl annehmen, daß die „personelle Strangulierung“ des ZpB bewußt in Kauf genommen würde. Es bleibe zur Zeit nur die geringe Hoffnung, daß im Rahmen der jetzt laufenden Haushaltserörterungen im Landtag durch Abgeordnete aller Parteien noch die notwendige Korrektur durchgesetzt werde. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß an der Universität Osnabrück die Vermittlung von Schulpraktika in der zweiphasigen Lehrerausbildung von drei wissenschaftlichen Mitarbeitern im dortigen ZpB wahrgenommen würde. Im Oldenburger ZpB fehle dafür jede Stelle.

Legt man auch nur 60.000 Lehrer zu grunde und einen langfristigen durchschnittlichen Ersatzbedarf von fünf Prozent/Jahr, so müßte - allein vom Schulsystem her gesehen - die Lehrerausbildungskapazität für allgemeinbildende Lehrämter an der Zielzahl von 3.000 Studentenfängern/Jahr sich orientieren (etwa 1800 Grund- und Hauptschule, 600 Realschule, 800 Gymnasium). Diese Zahlen errechnen sich tatsächlich nur aus dem Bedarf an Neulehrern unter Status-Quo-Bedingungen. Nicht berücksichtigt ist u.a. die Schaffung eines angemessenen Weiterbildungangebots für Lehrer, für das ebenfalls Amtsstellen benötigt werden.

hjo

Zwischenprüfung

Der Niedersächsische Kultusminister bereit die Oldenburger Studenten der Lehrämter an Gymnasien und an den berufsbildenden Schulen, die sich im Sommersemester 1982 im vierten Semester befanden, vom Nachweis der Zwischenprüfung. Diese Regelung gilt allerdings nur dann, wenn sich die Studenten bis zum Wintersemester 1986/87 zur Abschlußprüfung anmelden.

Bilanz



Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke*, aus dem Amt geschiedener Vizepräsident, über Verwaltungserfahrungen

Drei Jahre in der Leitung der Universität: das bedeutete täglich vor einem neuen Problem zu stehen (oder vor mehreren). Nach zwei Jahren dachte ich, nun kenne ich wohl alles. Nein, die Überraschungen haben Stetigkeit; auf sie ist Verlaß (nicht zuletzt die aus Hannover). Daneben täglich ein neuer Stapel Akten-Routine (hätte man doch eine Akten-Umwälz-Anlage!). Bei so viel verklammerten, verklausulierten Abstraktionen auf so viel Papier gelegentlich ein Blick auf den Briefkopf und aus dem Fenster: ja, es ist noch die Universität in Oldenburg (und nicht eine Erdbeerpflanzung irgendwo am Rande irgend einer Wüste).

Eine meiner wichtigsten Erfahrungen heißt „Verwaltung“. In der Verwaltung habe ich viele Menschen kennengelernt, die bis dahin für mich wie hinter einem Vorhang von Anonymität gestanden hatten, ganz verschiedene Menschen mit ihren eigenen persönlichen Profilen - und mit verschiedenen Vergütungsgruppen. Ich habe sie und ihre Arbeit zu respektieren gelernt, habe gesehen, wie mühselig manche der Verwaltungstätigkeiten sind, Wertschätzung und (vielleicht gegenseitiges) Vertrauen haben sich entwickelt, und ich habe neue Freunde gewonnen. Das war so hier im eigenen Hause - wobei ich natürlich alle Sparten der „MTVer“ meine - wie in Hannover im Ministerium. Das war eine erfreuliche, schöne Erfahrung: die Menschen, die Kollegen, die Freunde in der Verwaltung.

Ein Beispiel: Die Einrichtung neuer Studiengänge im Zusammenhang mit der „Konzentration“ und Kapazitätsverminderung in der Lehrerausbildung ist ein Komplex, der so vom Regelwerk der Verordnungen und Erlasse durchwachsen ist, daß für die Bürokratie offenbar nichts anderes mehr an Möglichkeiten bleibt, als mit der Axt ganze Stücke aus den Universitäten herauszuschlagen. Das dichte Regelwerk hat, wie es scheint, nicht nur die Verwalteten, sondern präsentiert sich als Verwaltungssystem an sich. Parkinson und Orwell waren Verwaltungsdilettanten.

Ein Beispiel: Die Einrichtung neuer Studiengänge im Zusammenhang mit der „Konzentration“ und Kapazitätsverminderung in der Lehrerausbildung ist ein Komplex, der so vom Regelwerk der Verordnungen und Erlasse durchwachsen ist, daß für die Bürokratie offenbar nichts anderes mehr an Möglichkeiten bleibt, als mit der Axt ganze Stücke aus den Universitäten herauszuschlagen. Das dichte Regelwerk hat, wie es scheint, nicht nur die Verwalteten, sondern präsentiert sich als Verwaltungssystem an sich. Parkinson und Orwell waren Verwaltungsdilettanten.

Aber warum ist das überhaupt so erwähnenswert? Weil sich die Verwaltung als System in ihren Äußerungen und Wirkungen so ganz anders präsentiert. Sie zeigt sich distanziert und anonym, und das sieht für den Aufstehenden aus wie überheblich und gleichgültig. Das System der Verwaltung erzeugt für die Verwaltenen Gefühle von Ohnmacht und Ausgeliefertsein. Immer wieder bemühen sich Menschen in der Verwaltung, diesen Mechanismus zu durchbrechen, versuchen sie zu erklären und durchsichtig zu machen, warum das so sein muß, wie sie es tun. Aber das Mißtrauen auf der anderen Seite schwindet selten ganz, und das wirkt zurück auf die Menschen in der Verwaltung, die das Mißtrauen abzubauen versuchen.

Jeder kennt das hier in der Universität, vor allem im Verhältnis zwischen

Studenten und -inhalten der Studierenden betreffen? Ist die studentische Interessensvertretung verkommen zur Maulerei gegen Qualifikationsanforderungen? Persönliche Erklärung des Physikers Prof. Dr. Karl Haubold, in einer Fachbereichsratsitzung zum TOF „Planung der Erstausstattung des Standortes Wechloy am 10.11.1982.“

Zitat

Was ist das für eine Studentenschaft, die eine Vertretung in den Fachbereichsrat schickt, die sich in mehr als zehn Verhandlungsstunden nicht zu Wort meldet, keine Fragen stellt, auch nicht empört den Saal verläßt, nicht mit Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit reagiert, wenn es um Fragen geht, die unmittelbar und entscheidend die Arbeitsmögl-

lichkeiten und -inhalte der Studierenden betreffen? Ist die studentische Interessensvertretung verkommen zur Maulerei gegen Qualifikationsanforderungen? Persönliche Erklärung des Physikers Prof. Dr. Karl Haubold, in einer Fachbereichsratsitzung zum TOF „Planung der Erstausstattung des Standortes Wechloy am 10.11.1982.“

Kurzfristiger und langfristiger Lehrerbedarf

Das Land Niedersachsen hat gegenwärtig etwa 60.000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen. Wenn diese Zahl in etwa erhalten werden soll, entspricht der Bedarf an Neulehrern dem Abgang durch Ausscheiden oder Pensionierung.

Da die Alterspyramide der Lehrerschaft jedoch große Strukturunterschiede hat - eine sehr große Zahl junger Lehrer, eine sehr geringe Zahl alter Lehrer - ist der Abgang von Lehrern und damit der jeweils aktuelle Neulehrerbedarf sehr unterschiedlich. So geht der Kultusminister davon aus, daß im Bereich der Grund- und Hauptschullehrer gegenwärtig keine, in fünf Jahren jährlich etwa 500, in zehn Jahren jährlich etwa 1.000 neue Lehrer braucht, während er in den letzten zehn Jahren einen noch größeren Bedarf hatte. Entsprechend müßte in den Hochschulen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen jeweils etwa fünf Jahre vorher die Lehrerausbildungskapazität immer entsprechend angepaßt werden.

Dieses Strukturproblem wird vom Kultusminister zwar gesehen, aber nicht grundsätzlich angegangen; so will er zwar - auch wenn kein Bedarf besteht - jeweils eine sehr geringe Zahl neuer Lehrer anstellen, aber er will die Alterspyramide nicht grundsätzlich bereinigen. Wenn aber die Alterspyramide nicht gleichmäßig aufgebaut wird, so wird der Neulehrerbedarf und die Lehrerausbildungskapazität immer wieder in etwa zehn- bis 20-Jahresschritten von 0 auf sehr große Kapazitäten und dann wieder auf 0 gebracht werden müssen; und da diese Zyklen kürzer als die Beschäftigungszeiten von Lehrelementen an Hochschulen sind, werden somit immer wieder große Über-, dann wieder große Unterkapazitäten an den Hochschulen gegeben sein, jeweils mit der Folge nicht bedarfsgerechten Neuangeboten von zu vielen oder zu wenigen Junglehrern.

Nur wenn jetzt begonnen wird, die Alterspyramide der Lehrer zu sanie-

ren, indem ohne Berücksichtigung des kurzfristigen Bedarfs, aber unter Zugrundelegung langfristiger Strukturmaßnahmen Lehrer eingestellt werden, dann wird in etwa 20 Jahren das Problem reduziert werden können. Nur dann kann langfristig Lehrerausbildung und Lehrerbedarf geplant werden, können längerfristige Perspektiven für Schulabgänger entstehen, kann kontinuierlicher Schul- und Hochschulpolitik betrieben werden.

Eine solche langfristige Strukturpolitik im Ausbildungsbereich käme gegenwärtig zwar teuer, wäre aber dennoch der gegenwärtigen Situation im Beschäftigungssystem angemessen. Denn weder den gegenwärtigen Lehrerstudenten noch den Studienbewerbern können ausreichende Alternativen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geboten werden, wenn nicht gefährliche Verdrängungswettbewerbe eingeleitet werden sollten. Schließlich kann die Einstellung weiterer Lehrer auch zur Vermehrung von Ausbildungsmöglichkeiten und Verschiebung des Eintritts auf den Arbeitsmarkt führen, die gerade beschäftigungspolitisch günstig sind. Unter diesem Aspekt könnte zwar die gegenwärtige Lehrerausbildungskapazität gesenkt werden, jedoch nicht orientiert am aktuellen, sondern am bereinigten langfristigen Lehrerbedarf.

Legt man auch nur 60.000 Lehrer zu grunde und einen langfristigen durchschnittlichen Ersatzbedarf von fünf Prozent/Jahr, so müßte - allein vom Schulsystem her gesehen - die Lehrerausbildungskapazität für allgemeinbildende Lehrämter an der Zielzahl von 3.000 Studentenfängern/Jahr sich orientieren (etwa 1800 Grund- und Hauptschule, 600 Realschule, 800 Gymnasium).

Diese Zahlen errechnen sich tatsächlich nur aus dem Bedarf an Neulehrern unter Status-Quo-Bedingungen. Nicht berücksichtigt ist u.a. die Schaffung eines angemessenen Weiterbildungangebots für Lehrer, für das ebenfalls Amtsstellen benötigt werden.



WÖLTJE: Kauf ohne Risiko... Kauf zu WÖLTJE-Tiefstpreisen...

Personalien

Professor Dr. Manfred Dierks, Literaturwissenschaftler im Fach Germanistik, hielt auf dem Symposium „Literatur und Philosophie“, das von der Universität und dem deutschen Kulturinstitut Kopenhagen veranstaltet wurde, den Eröffnungsvortrag „Zur Bedeutung philosophischer Konzepte für einen Autor und für die Beschaffenheit seiner Texte“.

Dr. Juliane Eckhardt, Privatdozentin im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“, wurde zum Professor auf Zeit für Germanistik mit Schwerpunkt Literaturdidaktik ernannt. Juliane Eckhardt war nach Abschluß ihres Lehramtsstudiums in den Jahren 1966 bis 1969 im Schuldienst, 1973 nahm sie ein Promotionsstudium auf. Im Jahr 1978 promovierte sie mit einer Dissertation zum Thema „Der Lehrplan des Deutschunterrichts“. Nach der Habilitation war sie als Privatdozentin im Fach Germanistik tätig. Juliane Eckhardt ist Verfasserin mehrerer Bücher zu Fragen der Didaktik und der Literaturwissenschaft; zur Zeit arbeitet sie im Auftrage der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft an einer Publikation zum „Epischen Theater“.

Priv.-Doz. Dr. Hans-Joachim Fischer, Fachbereich 1 „Pädagogik“, referiert

Golf gefunden

Auf dem Parkplatz hinter dem Verfügungsgebäude steht seit mehreren Monaten ein roter VW-Golf. Das Fahrzeug hat keine amtlichen Kennzeichen und auch keine Fahrstellnummer. Der Kanzler der Universität fordert den Besitzer auf, das Fahrzeug zu entfernen. Sollte dieser Aufforderung innerhalb von vier Wochen nicht nachgekommen werden, läßt die Universität das Auto abtransportieren.

• Personalien •

te auf der Tagung der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Berlin über „Auslandscholararbeit der Bundesrepublik Deutschland und pädagogische Auslandsarbeit der DDR. Desiderat und Defizit vergleichender Deutschlandforschung“. Die Tagung stand unter der Rahmenthematik „Bildungspolitische und pädagogische Probleme der Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik“.

Privatdozent Dr. Otto Lange, Akademischer Direktor im Fachbereich 1 „Pädagogik“, wurde zum Außerplanmäßigen Professor ernannt.

Professor Dr. Klaus Lenk, Hochschullehrer für Verwaltungswissenschaft im Fachbereich 3 „Sozialwissenschaften“ hielt bei der Arbeitstagung „Bürotätigkeit in der öffentlichen Verwaltung und technischer Wandel“ des Wissenschaftlichen Instituts Öffentlicher Dienst (WIÖD) e.V. in Bonn am 9. Dezember 1982 einen Vortrag über „Verwaltungsorganisation der Länder und Gemeinden und Technologieentwicklung bis 1980 - vorhandene und zu erwartende Probleme der Praxis“.

Dr. Jürgen Weißbach, Leiter des Zentrums für Wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität, nahm für den Deutschen Gewerkschaftsbund an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Produzieren die Hochschulen am Bedarf der Wirtschaft vorbei?“ in der Hermann-Ehlers-Akademie in Oldenburg teil.

Professor Dr. Horst E. Wittig, Hochschullehrer im Fachbereich 1 „Pädagogik“ und Repräsentant der „Intercultural Society for the Arts“ arrangierte in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Leer (Ostfriesland) eine Ausstellung mit japanischen Werken der Kiri-e-Kunst und der

• Personalien •

Rinpa-Malerei. In dieser Ausstellung wurden ferner Ikebana-Arrangements von Hildegard Höka Wittig und ihren Schülerinnen gezeigt.

Professor Dr. Nils B. Thelin, Slawistik-Hochschullehrer im Fachbereich 2 „Kommunikation/Ästhetik“, leitete auf dem III. Slawistentag in Göttingen die Sektion „Sprachwissenschaft I“ und hielt einen Vortrag über das Thema „Die Semantiko-Syntax präpositionloser Substantivverbindungen im Bulgarischen“.

Einstellung als wissenschaftl. Angestellte

Andreas Defant, Forschungsvorhaben „Tensorproduktmethoden in der Funktionsanalyse“, Fachbereich 6

Dorothee Diebel-Langohr, Forschungsvorhaben „Satellitendaten“, Dr. Reuter, Fachbereich 8

Ute Gogolin, Projekt „Praxis- und umweltorientiertes Lernen“, ZpB Achim Hahn, Forschungsvorhaben „Soziales Handeln zwischen Tradition und Moderne“, Prof. Dr. Vonderach, Fachbereich 3

Wolfgang Herr, Forschungsvorhaben „Ems-Altwasser“, Dr. Wiegleb, Fachbereich 7

Rosemarie Krämer, Forschungsvor-

• Personalien •

haben „Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftsräume Oldenburgs im Zeitalter der Vor- und Frühindustrialisierung“, Prof. Dr. Hinrichs, Fachbereich 3

Dr. Athanasios Lipowatz, Fachbereich 3

Christoph Reinders, Forschungsvorhaben „Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftsräume Oldenburgs im Zeitalter der Vor- und Frühindustrialisierung“, Prof. Dr. Hinrichs, Fachbereich 3

Friedrich Reuter, Forschungsvorhaben „Soziales Handeln zwischen Moderne und Tradition, Prof. Dr. Vonderach, Fachbereich 3

Hiltrud Schmidt-Waldherr, Fachbereich 3

Adrian Schumpe, Forschungsvorhaben „Fischer-Tropsch-Synthese im Suspensionsreaktor“, Fachbereich 9

Einstellung im Dienstleistungsbereich

Iris Becker, Angestellte im Schreibdienst, Fachbereich 5

Dieter Beyer, Laborant ZETWA

Achim Bittner, Bibliotheksassistent im BIS

Gregor Brokgerken, Verwaltungsangestellter im ZpB (Projekt „Praxis- und umweltorientiertes Lernen“)

Karin Brüggemann, Fremdsprachenassistentin im Fachbereich 5

Karin Bunjes, Verwaltungsangestellte im Fachbereich 3

Rita Eilers, Verwaltungsangestellte im ZpB (Projekt „Praxis- und umweltorientiertes Lernen“)

Erika Fischer, technische Assistentin in der ZETWA

Arthur Fredehorst, Sportwart im Dezernat 4

Christiane Gehlenborg, Angestellte im Schreibdienst, Fachbereich 6

Eva Haumann, Schreibkraft im Forschungsvorhaben „Energieeinsparung“, Prof. Dr. Pfaffenberger, Fachbereich 4

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich).

• Personalien •

Marlies Herrndorf, LTA (ZETWA)

Sabine Höneck, Laborantin in der ZETWA

Kirsten Jacobsen, med.-techn. Assistentin im Forschungsvorhaben „Reproduktionsphysiologie“, Dr. Feuer, Fachbereich 7

Heinrich Kruse, Chemotechniker in der ZETWA

Lothar Kube, Verwaltungsangestellter im Fachbereich 6

Thomas Kuhlmann, Sportwart im Dezernat 4

Eske Kummer, Verwaltungsangestellte in der ZETWA

Rainer Luster, Schwimmeistergehilfe im Dezernat 4

Hartmut Martens, Verwaltungsangestellter im Fachbereich 8

Imke Notholt, technische Angestellte im Forschungsvorhaben „Cytochrome in phototrophen Bakterien“, Dr. Fischer, Fachbereich 7

Helmut Schneider, Schlossermeister im Dezernat 4

Ingo Schwettmann, Schwimmeistergehilfe im Dezernat 4

Karl-Heinz Wallasch, Schwimmeister im Dezernat 4

Eingeschränktes Angebot

Die Mensa wird auch zwischen Weihnachten und Neujahr geöffnet sein - allerdings nur ein Tellergericht anbieten. Das teilt das Studentenwerk mit und erklärte gleichzeitig, daß insgesamt in der Zeit zwischen dem 20. Dezember und 7. Januar die Versorgungseinrichtungen mit eingeschränkten Angeboten fahren würden.

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion
sind wir Ihr richtiger Partner.

Dipl.-Optiker

WALTER

Inh. W. D. Heß
staatl. gepr. Augenoptiker
Fachmännische Beratung
Kurwickstr. 34 Ecke Motzenstr. - Hauptstr. 35
Telefon (0441) 1 30 70

HOTES
Möbeltransporte seit 1888
prompte, fachmännische Abwicklung
Uferstraße 74 2900 Oldenburg
Telefon (0441) 2 64 44

SCHREIBMASCHINEN
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-
maschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelkopfschreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische
Typenrad-Schreibmaschinen ab 898 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

Verkauf und Service in Oldenburg:

ERLBECK
BÜROTECHNIK

Donnerschweer Straße 91
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

**BUCHER FÜR STUDIUM
UND BERUF**

aus der collectiv-Buchhandlung
Donnerschweerstraße 12
Telefon (0441) 8 74 49
2900 Oldenburg

Neue und Zweit-Hand-Schreibmaschinen

Peter Eilers

Oldenburg Ofener Straße Nr. 21

Ihr Partner für Kopieraufträge

Canon-Fotokopien DIN A4 Stück -10

Stempel-Schilder-Papier-Getränke und Tabak

Kaffee- und Tee-Spezialitäten
Tasse nur -80

Naturläufer
Der besondere Schuh aus
Bad Honnef „Der Schuh“
seit es Schuhe gibt
Alleinverkauf in Oldenburg
EGGERS
jetzt in der City
Baumgartenstr. 8
Tel. 130 07

Personalien

Personalien

Personalien

Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Littmann druck

Offsetdruck · Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (0441) 2 70 51/52